

Konfrontation und politische Eintracht

Autobahnen, Wolf, Bürokratieabbau: Acht Kandidaten aus zwei Wahlkreisen diskutieren auf Einladung der mittelständischen Verbände

STADE. Noch zehn Tage bis zur Bundestagswahl: Was haben Handwerker, Landwirte und Händler im Landkreis von den Abgeordneten zu erwarten? Das wollten die mittelständischen Verbände bei einer Podiumsdiskussion von acht Bewerbern wissen. Es gab politische Eintracht und harten Schlagabtausch. Klare Kante zeigte ein Außenseiter. Beobachtungen von Karsten von Borstel.

Die Kandidaten: Die mittelständischen Verbände aus dem Landkreis hatten Kandidaten aus den Wahlkreisen Stade I – Rotenburg II und Cuxhaven – Stade geladen. Für die CDU dabei: Enak Ferlemann, Staatssekretär im Verkehrsministerium und der Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann. Die Kandidaten Oliver Kellmer und Susanne Puvogel für die Sozialdemokraten, Andre Grote und Marco Rützel für die FDP. Die Grünen vertreten: Ralf Poppe und Marcel Duda.

Die Fehlenden: Als größte Oppositionspartei im Bundestag war die Linke nicht eingeladen. Auch die Kandidaten der AfD, die in den Umfragen bei bis zu zehn Prozent rangiert, waren nicht erwünscht. „Wir haben aus zeitlichen und räumlichen Gründen nur die Parteien eingeladen, von denen wir uns als mittelständische Verbände am meisten für die Diskussion erhoffen“, sagte Kreislandwirt Johann Knabbe. Und: „Wir haben tradierte Verbindungen in den Landkreis Stade.“

Die Themen: Alles, was Landwirte, Arbeitgeber, Einzelhändler, Hoteliers und Handwerker tangiert: der Mindestlohn und flexible Arbeitszeiten, Fachkräftemangel sowie Bildungspolitik, Infrastruktur, der Diesel-Gate, der Flächenverbrauch und Kompensationsflächen oder auch das aufgeladene Thema Wolf. In Zwei-Minuten-Fragenrunden kamen so vornehmlich Themen aus der Wirtschaftspolitik zur Sprache.

Der Zankapfel: Beim Wolf wurde es laut und polemisch. Zwar forderten die Kandidaten parteiübergreifend ein Wolfsmanagement. Wie mit dem geschützten Tier zu verfahren sei, da liegen die Positi-



Acht Kandidaten aus zwei Wahlkreisen, vier Parteien, zweieinhalb Stunden Podiumsdiskussion im Hotel „Vier Linden“ in Stade.

Foto von Borstel

onen aber weit auseinander. „Der Wolf gehört nichts ins Jagdrecht, wir dürfen das nicht auf die Jäger abwälzen“, sagte Ferlemann. Die Wölfe müssten „konsequent entnommen“ (geschossen) werden. Susanne Puvogel mahnte, die Debatte nicht zu emotionalisieren. Durch Aufklärung und Entschädigung müsse ein „Lex Stade-Cuxhaven“ geschaffen werden. Der Grüne Ralf Poppe forderte, der Mensch müsse den richtigen Umgang lernen. Vergrämung und Entnahme kämen nur bei auffälligen Tieren infrage. Den Lacher des Abends produzierte dann ebenfalls Poppe: „Das gilt nicht, wenn ein junger Wolf nur mal eben nach dem Rechten sieht.“

Das Thema Autobahnen: Bei den Autobahnen A 20 und A 26 gab es einen verbalen Schlagabtausch zwischen Kellmer (SPD) und Staatssekretär Ferlemann (CDU). „Es ist ein echter Skandal, wie eine Milliarde Euro einfach in den Sand gesetzt wird“, so der Sozialdemokrat bezogen auf das sogenannte Verkehrsmengenrisiko der Betreiber. Die SPD sei deshalb strikt gegen die Finanzierung durch ÖPP-Verfahren (Öffentlich Private Partnerschaften). Ferlemann hingegen gab sich als Befürworter des Modells: „Wir soll-

ten die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen nutzen.“ Als Koalitionspartner hätte die SPD bei wichtigen Entscheidungen zum Autobahnbau zumal „die Arme hochgerissen“. Den Konsens brachen wieder die Grünen: „Für die Region wäre es gut, im Sinne des Naturschutzes und der Landwirtschaft auf die A 20 zu verzichten“, sagte Poppe. Mit Blick auf die A 26 sei dies zu spät.

Der Authentische: Bei den mittelständischen Verbänden hatten die Grünen per se kein Heimspiel. Beispiel: Die Wirtschaft fordert Wochenarbeitshöchstzeiten, anstelle von Tageshöchstzeiten. „Eine solche Flexibilisierung ist sicher wünschenswert, aber nicht auf Kosten der Beschäftigten. So etwas wird es mit uns nicht geben“, sagte der jüngste Kandidat, Marcel Duda. Auch dem Gedanken einer Vereinheitlichung der Schulpolitik auf Bundesebene erteilte der Grüne eine klare Absage: „Das wird nicht möglich sein, aber wir müssen Freiräume schaffen.“ Apropos Bildungspolitik: In der Tradition des SPD-Parteiprogramms betonte der Kandidat und Jurist Kellmer die angeordnete Bildungsoffensive seiner Partei: „Wir müssen viel mehr Geld in die Bildung stecken, um Aufstieg

besser zu ermöglichen“, sagte Kellmer, der sich phasenweise kampfeslustig gab.

Der Aggressor: Das war, wie zu erwarten, der Buxtehuder FDP-Kandidat Andre Grote, der als Neuling zweifelsohne einen furiosen Wahlkampf hinlegt. Mit seiner nonchalanten Art erinnerte er stellenweise an den Bundesvorsitzenden Christian Lindner. Grote forderte, den „Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen“, die „Gängelung der Betriebe durch Bürokratie abzuschaffen“, und frotzelte zum Diesel-Skandal: „Als Handwerker kannst du morgen nur noch mit der S-Bahn nach Hamburg fahren.“ Grote bandelte in vielen Aspekten mit den Christdemokraten an und betonte mehrfach: „Ich kann der CDU nur zustimmen.“

Das Dilemma: Abgesehen von den Bundestagsabgeordneten der CDU sind die Kandidaten trotz kommunalpolitischer Erfahrung ehrenamtliche Politiker. Beim Flächenverbrauch durch Infrastrukturprojekte und geforderte Kompensationsflächen wollte der Moderator Peter von Allwörden die Parteipositionen abrufen. „Kompensationsflächen sind wichtig, aber offen gesagt, kann ich nichts zum Thema sagen“,

musste der FDP-Bewerber Marco Rützel gestehen. Oliver Grundmann versuchte es dagegen mit einer Charme-Offensive: Landwirte dächten „generationengerecht“, das Bauernbashing müsse aufhören, er sei „heilfroh über fleißige Bauern, die begeistert von ihrem tollen Beruf seien“. Die Phrase des Abends kam dann ebenfalls vom CDU-Mann: „Wir brauchen weiterhin eine vernünftige Politik mit Maß und Mitte.“

Der Mehrwert: Über Sinn und Unsinn solcher Podiumsdiskussionen wird gestritten. Wie soll ein Feierabendpolitiker aus der Region Antworten auf zentrale wirtschaftspolitische Fragen geben – wie: Was gegen den Fachkräftemangel tun? Wie wird die Arztversorgung auf dem Land besser? Oder: Wie kann die Dokumentationspflicht kleiner werden? Die Debatte driftete phasenweise in ein Aufwärmen nationaler Parteipositionen ab. Die Amtsinhaber haben mit ihrer politischen Routine freilich einen Vorteil. SPD und Grünen ist deshalb besonders anzurechnen, dass sie sich der zweieinhalbstündigen Fragerunde stellen. Wohlwissend, dass ihre Positionen bei den mittelständischen Verbänden traditionell oft nicht die beliebtesten sind.